

# LinksBlick

Kreisverband und Kreistagsfraktion DIE LINKE. Teltow-Fläming

## Landesparteitag

„Die Menschen erwarten von uns mehr als von der SPD!“, so Gerrit Große, Vizepräsidentin des Landtages und bildungspolitische Sprecherin unserer Fraktion. Es sind zahlreiche kluge Sätze in vielen Reden auf diesem Parteitag gefallen, aber gerade dieser zeigt mir, und ich denke uns allen, doch etwas auf: Wir haben als LINKE mit Rot-Rot im Land schon viel erreicht, haben Dinge aus unserem Wahlprogramm umsetzen können, besitzen eine vorzeigbare Bilanz. Und doch sind wir, so auch wieder auf diesem Parteitag vor Ort, mit Protesten konfrontiert (Andreas Schuster hat als Chef der Polizeigewerkschaft bei uns sogar das Wort erhalten.). Seien es nun die Polizisten, die Lehrer, Kämpfer gegen eine Uni-Fusion in der Lausitz. Warum kommen sie alle zu uns? Eben weil sie von uns in der Regierung mehr erwarten als von der SPD. Die hat ihnen nämlich 20 Jahre lang alles versprochen, es gebrochen, anders gemacht und auch immer wieder neu. Nun sollen wir es richten, nach drei Jahren Beteiligung als Juniorpartner (!) muss alles erreicht und nur noch positiv sein. Ich bin sicherlich nicht allein, wenn ich hier (zu?) hohe Erwartungen ausmache ...

Stefan Ludwig als unser Landesvor-

sitzender hat in seiner Eröffnungsrede auf einiges verweisen können. Mindestens 2.000 neue Lehrer, mehr Geld als jemals zuvor für die Kommunen, ein in der Landesgeschichte erstmals ausgeglichener Haushalt für 2013/14, Bundesratsinitiativen für eine bessere Finanzpolitik in Bund und EU, die Bereitstellung der finanziellen Mittel für den Schallschutz am BER, soziale Kriterien bei Auftragsvergaben durch die öffentliche Hand an Firmen (Vergabegesetz/Mindestlohn), keine Pensionierung erst ab 67, mehr Richterinnen und Richter an den Sozialgerichten, eine Reform des Justizvollzugsgesetzes ... Und trotzdem sind die Demonstranten auf der Straße keine Minderheit, sie stehen nicht nur für Partikularinteressen und wir müssen uns fragen: „Reicht das, was wir tun?“. Sebastian Walter aus dem Barnim sagt: „Nein!“ und er spricht wohl vielen von uns aus dem Herzen. Wenn wir noch erfolgreicher sein wollen, die SPD wirklich nach links drehen wollen, brauchen wir (noch mehr) den Druck der Straße.

Für Dagmar Enkelmann wiederum war eines klar: „Wir müssen die SPD zum Jagen tragen!“. Ob nun bei Hartz IV, der Rente mit 67, der Rentenanpassung Ost/West nach mehr als 20

Fortsetzung auf Seite 2

### Teltow-Fläming im Bild

Jede Ausgabe unserer Zeitung hat ein neues Bild aus Teltow-Fläming. Wer erkennt den Ort der Aufnahme?



Auflösung des Bilderrätsels der letzten Ausgabe

Seite 9

### Zitiert ...

Die Menschen drängeln sich zum Lichte, nicht um besser zu sehen, sondern um besser zu glänzen.

Friedrich Nietzsche (1844-1900)

**DIE LINKE.**

*Fortsetzung von Seite 1*

Jahren deutscher Einheit – die SPD verspricht viel in der Opposition, allein es mangelt an der Umsetzung. Denn hier gilt die Frage: Wo sind die Anträge der SPD zu diesen Themen im Bundestag? Warum stimmt die SPD unseren Initiativen dazu nicht zu? Warum ist sie bei diesen Punkten nicht tätig geworden? Ihre Regierungszeit ist doch gerade erst einmal drei (!) Jahre her.

Bei der Abschaffung der Praxisgebühr war man im Bundestag nun endlich einstimmig dafür, die Gesellschaft und wir als LINKE waren es schon von Anfang an. Auch wir waren es, die 2005 als Erste einen Mindestlohn forderten. Anfänglich sogar noch von den Gewerkschaften (!) dafür verspottet, befürworteten diese mittlerweile sogar Teile der CDU. Links wirkt!

Bezogen auf die Kritik von Wolfgang Nešković an Rot-Rot hörte man an diesem Tag oft, dass wir uns mit unserer Bilanz nicht verstecken müssen. Aber streitbare Ansichten zur Parteiarbeit gehören dann gerade in die Partei getragen und nicht in die Medien. Jedoch glänzte auch auf dieser Tagung der große Kritiker mit Abwesenheit. Dabei ist jeder bei

uns willkommen, wird jeder wertgeschätzt und auch gehört – denn wir brauchen doch alle!

Christian Görke als Vorsitzender brachte für die Landtagsfraktion den Entwurf für ein Leitbild „Brandenburg 2020“ ein. Wir ruhen uns nicht auf dem Erreichten aus, wir wollen noch mehr und zeigen das mit diesem Diskussionsangebot an alle. Hier ist die aktive Mitarbeit aller Parteimitglieder erwünscht, um Zielen wie einer von uns gewollten Gemeinschaftsschule das nötige Gehör zu verschaffen. Wir machen in diesem Leitbild deutlich, dass es mit uns neue Gemeindefstrukturen nicht vom



Delegierte aus Teltow-Fläming

grünen Tisch aus gibt, Zusammenschlüsse nur mit den Kommunen machbar sind. Verständlicherweise kann hier nicht der gesamte Text wiedergegeben werden, er ist z. B. im Internet verfügbar, ebenso wie der vom Landesvorstand eingebrachte Leitantrag „Ein soziales und demokratisches, ökologisches und wirtschaftlich stabiles Brandenburg braucht eine starke LINKE“, der ohne Gegenstimme vom Parteitag angenommen wurde.

*Text und Foto: Felix Thier,  
Mitglied des Landesvorstandes*

## Kritische Basis

Auf der Beratung der BO Nuthe-Urstromtal Anfang Dezember 2012 beschäftigten uns die 2014 stattfindenden Landtags- und Kommunalwahlen. Uns ist klar, dass jeder an einer Koalition Beteiligte Kompromisse eingehen muss, sonst funktioniert keine Koalition. Aber wo ist die Grenze? Und diese sehen unsere Basismitglieder deutlich anders als einige unserer LINKEN Landespolitiker. Die gravierendsten Beispiele finden wir beim Thema Inklusion.

Uns allen ist noch in Erinnerung, dass im ganzen Land Brandenburg Personalversammlungen der Lehrer stattfanden – verbunden mit Unterrichtsausfall –, weil die Grenze der Belastbarkeit der Lehrer überschritten ist. An keiner der sieben Personalversammlungen nahm ein Vertreter der Landesregierung teil. Wie groß das Interesse der Lehrer ist, zeigt die Teilnahme im Luckenwalder Gebiet, wo im Stadttheater alle Sitzplätze besetzt waren und ca. 150 Kollegen über zwei Stunden stehend die Debatte verfolgt haben.

Inklusion heißt, dass personelle, materielle und räumliche Voraussetzungen geschaffen werden müssen, bevor diese Art des Unterrichts effektiv funktioniert. Ein großer Teil der Lehrer ist in der Hinsicht nicht ausgebildet. Sollen Schüler und Lehrer zum Experimentierfeld werden? Unsere Basismitglieder befürworteten die Inklusion. Aber eine Landesregierung darf nicht den dritten Schritt vor dem ersten gehen. Warum hören wir keine kritischen Worte unserer Linksfraktion an die SPD-Bildungsministerin? Oder vertreten unsere Abgeordneten deren praktische Politik? An der Basis kommt zu wenig eigenständig LINKES Gedankengut an. Eine Koalition muss auch kritische Ideen aushalten. Werden diese nicht angenommen, müssen für den Wähler deutliche Worte gesprochen werden. Unseren Genossen ist DIE-LINKE-Fraktion zu „brav“.

*Ingrid Köbke  
Basisvorsitzende Nuthe-Urstromtal*

## Linksfraktion in Ludwigsfelde informiert

Unsere Mitstreiterin in der Ludwigsfelder Stadtfraktion, Frau Maren Ruden von der Frauenliste, hat aus gesundheitlichen Gründen ihr Mandat niedergelegt. Maren hatte vor einigen Jahren die SPD-Fraktion verlassen, um mit uns LINKEN Kommunalpolitik zu machen. Wir waren gespannt: Wer folgt ihr und entscheidet die Nachfolgerin sich auch für unsere Fraktion? Sie hat! Seit Anfang November 2012 ist Angelika Wodtke unsere Mitstreite-

rin, ein außerordentlich engagiertes Mitglied des Ludwigsfelder Frauenstammtisches. Wir freuen uns auf eine ideen- und erfolgreiche Zusammenarbeit. Und Dir, liebe Maren, von Herzen Danke für die letzten Jahre gemeinsamer Kommunalpolitik zum Wohle unserer Ludwigsfelder Bürger – es hat bei allem Ärger, den wir auch manchmal hatten, viel, viel Spaß gemacht. Wir werden unseren Kontakt auf jeden Fall pflegen und sind dankbar für jede Anregung von Dir. <

## Kreistagsnotizen

Eine Ära ist beendet. Peer Giesecke ist nicht mehr der Landrat im Landkreis Teltow-Fläming. Die Mehrheit der Mitglieder des Kreistages stimmten für den Abwahantrag, den zur Novembersitzung des Kreistages 33 Mitglieder unterschrieben und so das Abwahlverfahren in Gang gesetzt hatten. Nun kann man ja zur Politik des Landrates stehen wie man möchte, Fakt ist jedoch eines: Er stand fast 20 Jahre an der Spitze des Landkreises und mit seinem Namen ist viel in Teltow-Fläming verbunden.

Gemäß § 128 der Brandenburger Kommunalverfassung kann der Landrat abgewählt werden. Hierfür ist ein Antrag durch die Mehrheit der gesetzlichen Mitgliederzahl des Kreistages (also mindestens 29) nötig, nach einer Frist von sechs Wochen nach Antragstellung erfolgt dann die mögliche Abwahl. Hier wiederum müssen jetzt mindestens 2/3 der gesetzlichen Mitgliederzahl des Kreistages (also mindestens 38) zustimmen. Eine Debatte zum Vorgang findet nicht statt.

Bedauerlicherweise wurde von einer Minderheit im Kreistag zu diesem Tagesordnungspunkt die Presse mit Fernsehaufnahmen nicht gewünscht. Im Ergebnis stimmten dann von 52 anwesenden Kreistagsmitgliedern 51 ab, da sich ein Kreistagsmitglied für befangen erklärte. Von den 51 Stimmen waren 45 für die Abwahl, drei votierten mit Nein und drei enthielten sich. Die Fraktion DIE LINKE. stimmte bei einer Nein-Stimme fast geschlossen für die Abwahl. Ab diesem Zeitpunkt führt nun offiziell unsere Erste Beigeordnete, Kirsten Gurske, die Amtsgeschäfte im Landkreis und steht so an der Spitze der Verwaltung.

In den nächsten Wochen wird der Termin für die Landratswahl gesucht, diese muss bis spätestens zum 7. Ap-

ril erfolgen. Bevorzugt werden bisher der 17. oder 24. März – auch, um nicht in den Schulferien an die Wahlurnen zu bitten. Das Schlusswort hierbei hat jedoch das Innenministerium, da es den Termin amtlich festsetzt. <

### Richtlinie zur Förderung der Seniorenarbeit

Die seniorenpolitischen Leitlinien schaffen den nötigen Rahmen und zeigen die erforderlichen Handlungsfelder auf, um Lebensräume so zu gestalten, dass ältere Menschen ihr Leben so weit wie möglich eigenverantwortlich, sinnerfüllt und würdevoll führen können.

Um die Vorschläge und Empfehlungen umsetzen zu können, ist das komplexe Zusammenwirken vieler Beteiligten unabdingbar. Der Landkreis selbst, der Kreissenorenbeirat, die Städte und Gemeinden sowie alle auf sozialem Gebiet tätigen Träger sind bei der Gestaltung einer einheitlichen Qualität der Seniorenpolitik gefragt und gefordert.

Senioren werden künftig eine immer größere Rolle in der Gesellschaft spielen, denn immer mehr ältere Menschen werden immer weniger jungen Menschen gegenüberstehen. In diesem Prozess ist es besonders wichtig, dass jede Generation ihre Werte, Erfahrungen und Leistungen in die Gesellschaft einbringt.

Die Kommunen des Landkreises Teltow-Fläming haben sehr unterschiedliche Anzahlen der Gesamteinwohner, ebenso ist das Verhältnis des Anteils der Einwohner über 65 Jahre zu den jeweiligen Gesamteinwohnerzahlen sehr unterschiedlich (größere jüngere Kommunen und kleine ältere Kommunen).

Die Kreisverwaltung beabsichtigt,



## Teltow-Fläming

die Seniorenarbeit in den Kommunen des Landkreises zu fördern und hat zu diesem Zweck eine Richtlinie erarbeitet. Im Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 2013 sind für die Position „Zuschüsse zur Seniorenbetreuung“ Mittel in Höhe von 20.500 Euro eingestellt.

Die Verteilung der Mittel auf die Kommunen soll analog der bisherigen Verfahrensweise erfolgen, nunmehr allerdings auf der Grundlage dieser Richtlinie. Der Kreistag stimmte, auch mit den Stimmen der LINKEN, dem Vorhaben bei wenigen Nein-Stimmen und Enthaltungen zu.

*Felix Thier, Mitglied Kreistagsfraktion  
DIE LINKE. Teltow-Fläming*

Mitglieder der Fraktion DIE LINKE.  
im Kreistag Teltow-Fläming:

Hans-Jürgen Akuloff, Vors.  
Maritta Böttcher  
Peter Dunkel  
Dr. Rudolf Haase  
Dirk Hohlfeld  
Klaus Hubrig  
Heike Kühne  
Dr. Irene Pacholik  
Dr. Rainer Reinecke  
Roland Scharp  
Helmut Scheibe  
Dr. Günter Stiral  
Felix Thier  
Kornelia Wehlan, Vors.



# EINER VON UNS

Im Gespräch mit Tina Senst

Norbert Müller bewirbt sich im Wahlkreis 61 für die Direktkandidatur zur Bundestagswahl. Er wohnt in Potsdam und ist seit 2010 Mitarbeiter von Sabine Wils, Mitglied des Europäischen Parlaments (Delegation DIE LINKE / Fraktion GUE/NGL).

*Tina: Du kandidierst zum ersten Mal für den Deutschen Bundestag. Deshalb wollen wir Dich gern unseren Lesern vorstellen. Mit 26 Jahren bist Du ein sehr junger Kandidat. Wie definierst Du Deine inhaltlichen Ziele, was willst Du verändern?*

**Norbert:** Im Kern unserer Politik steht doch die soziale Frage. Und ihre Kernfrage ist die. Warum eigentlich wem was gehört? Warum soll es richtig sein, dass in diesem Land Millionen Menschen für den Reichtum einiger Weniger arbeiten? Etwas theoretischer ausgedrückt: Im Widerspruch von Kapital und Arbeit gewinnt gegenwärtig konsequent das Kapital. Das will ich nicht akzeptieren.

Ich will, dass der von der Mehrheit der Menschen erschaffene gesellschaftliche Reichtum anders verteilt wird. Als Linke wollen wir die Lebensbedingungen der Menschen verbessern, die Arbeit humanisieren und gesellschaftliche Teilhabe sichern. Die Politik betreibt im Moment das Gegenteil. Hier müssen wir eingreifen.

*Tina: Mit dieser Kandidatur trifft man ja eine weitreichende Entscheidung für die Zukunft. Woher kommt Deine Motivation, Dich für die Belange Deiner Mitmenschen politisch einzusetzen?*

**Norbert:** Die späten Kohl-Jahre und die Schröder-Fischer-Ära haben mich politisch geprägt. Die späten 90er Jahre waren eine Zeit, wo unter dem Leitsatz „Sozial ist, was Arbeit



Foto: N. Müller

**Norbert Müller**

schaft“ die Zerstörung unseres Sozialstaates massiv betrieben wurde. Gleichzeitig habe ich die Konsequenzen der neoliberalen Politik im eigenen familiären Umfeld immer wieder beobachten können und wie Menschen daran kaputt gegangen sind. Gegenwehr ist aber nur erfolgreich, wenn man sich zusammenschließt und gemeinsam kämpft. Deswegen organisiere ich mich in der LINKEN und ihrem Jugendverband.

*Tina: Warum denkst Du, für diese Aufgabe besonders geeignet zu sein?*

**Norbert:** Viele andere wären genau so geeignet wie ich. DIE LINKE organisiert eine Menge Menschen, die wie ich für eine Umkehr des gesellschaftlichen Mainstreams der Umverteilung von unten nach oben kämpfen.

Besser geeignet als die KandidatInnen der anderen Parteien bin ich, weil ich die Interessen der Mehrheit der Menschen durchsetzen helfen will. Mit mir wird es weder eine weitere Zerstörung der Sozialsysteme geben noch Kriegseinsätze der Bundeswehr.

*Tina: Gibt es Zeiten im Leben von Norbert Müller, die völlig unpolitisch sind?*

**Norbert:** Das ist wirklich oft schwer und für mein Umfeld auch manchmal anstrengend. Aber es ist ja immer was zu tun. Trotzdem habe ich inzwischen gelernt, dass man sich solche Freiräume schaffen muss, auch um den Kopf wieder frei zu bekommen.

Ich gehe zum Beispiel gern segeln und habe mit meiner Frau eine kleine Jolle. Das ist ziemlich unpolitisch, oder? Ansonsten sorgt meine Familie inzwischen dafür, dass ich politikfreie Zeit habe: Unser Sohn verdient seine Aufmerksamkeit und fordert die auch mit Nachdruck ein. Und auch ein Haushalt macht sich ja nicht von alleine.

*Tina: Wie organisierst Du Deine Arbeit, dass Du allen Funktionen gerecht werden kannst?*

**Norbert:** Ich versuche einfach viel zu arbeiten. Mein Leben ist nicht im Acht-Stunden-Rhythmus getaktet. Ich versuche jede Minute so gut wie möglich zu nutzen. Aber ich muss hier noch viel lernen.

Ich denke, zu meinen Schwächen zählt, dass ich am Ende des Tages nie das geschafft habe, was ich mir vorgenommen habe. Vielleicht nehme ich mir einfach zu viel vor.

*Tina: Was bedeutet für Dich Glück, wonach strebst Du in Deinem Leben?*

**Norbert:** Glück ist, wenn ich mit meinem Sohn toben kann und er sich vor Lachen schon verschluckt. Glück bedeutet zu sehen, wie Timon sich entwickelt und gerade anfängt uns nachzusprechen.

Ich würde mir wünschen, dass irgendwann meine Kinder einmal sagen können, dass sie stolz auf ihren Papa sind, weil er vielen Menschen geholfen hat, ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Das ist sicherlich erstrebenswert.<

## Stolpersteine in Zossen verlegt

Am 30. November 2012 wurde in der Zossener Stubenrauchstraße 4 ein Stolperstein für Werner Robert Dalen verlegt.

Initiator des Projektes „Stolpersteine“ ist der Kölner Künstler Gunter Demnig, der auch in Zossen den Stolperstein für Werner Robert Dalen verlegt hat. Er sagt: „Ein Mensch ist erst vergessen, wenn sein Name vergessen ist“. Die BI „Zossen zeigt Gesicht“ hat mit der Verlegung des Stolpersteines den Namen von Werner Robert Dalen wieder in Erinnerung gerufen.

Damit sollen Menschen zum Denken angeregt werden: zum Gedenken - zum Andenken - zum Nachdenken. Es ist zwar nur eine einzige winzige 10 x 10 cm große Gedenktafel, aber es ist der Sieg des Kleinen über das scheinbar unbesiegbare Riesendimensionale.

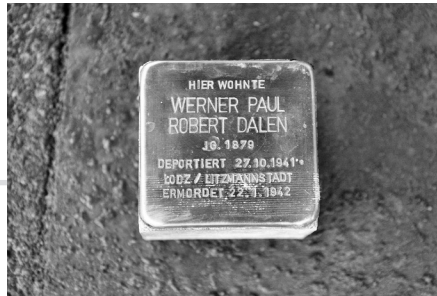
Werner Robert Dalen war der älteste Sohn eines hohen preußischen Beamten und dessen Ehefrau. Der Vater studierte in Breslau Jura und trat 1866 zum evangelischen Glauben über und auch dessen Ehefrau war evangelisch getauft und christlich erzogen. Werner Dalen hatte drei Brüder. Ernst, der jüngste von Ihnen, kam im Ersten Weltkrieg ums Leben. Seine Brüder Fritz und Kurd und er selbst studierten alle Jura. Fritz und Kurd waren promovierte Juristen. Alle drei wurden Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung. Fritz war Rechtsanwalt und Notar in Lichterfelde und Kurd war Rechtsanwalt und Syndikus (Firmenjurist) in Berlin. Für Dr. Fritz Dalen (zuletzt wohnhaft im Hochbergweg 1) und für Dr. Kurd Dalen (zuletzt wohnhaft in der Drakestr. 59) in Berlin Lichterfelde wurden ebenfalls am 30.11.2012 Stolpersteine verlegt.

Zossener Bürger waren auch bei der Verlegung der Stolpersteine für Kurd und Fritz Dalen in Berlin anwesend. So wurde eine Verbindung zwischen den drei Brüdern geschaffen. Besonders

gefremt habe ich mich darüber, dass Herr Dr. Müller-Stüler anwesend war. Er ist ein Nachfahre der Familie. Seine Urgroßtante war die Mutter der Brüder Dalen.

Werner Robert Dalen wurde am 10. Juni 1879 in Bromberg (Bydgoszcz/Polen) geboren. Von 1922 bis 1939 lebte er in Zossen. Er war als Anwalt am Amtsgericht Zossen zugelassen und später auch in Berlin am Landgericht II. Seine Kanzlei hatte er in der Berliner Straße 11.

Spätestens ab 1932 bis Ende 1939



Bleibende Erinnerung und Mahnung

hat Dalen in der Stubenrauchstraße 4 gewohnt. Danach wohnte er zur Untermiete in der Neuen Schönhauser Allee 58, was mit Sicherheit kein freigeählter Wohnsitz mehr war. Am 27./28. Oktober 1941 wurde er ins Ghetto Litzmannstadt (das heutige Lodz/Polen) deportiert, wo er am 22. Januar 1942 ermordet wurde. Damit gehörte er zu den ersten Deportierten aus Berlin.

In einer kurzen Ansprache habe ich den früheren Bundespräsidenten Roman Herzog zitiert: „Wir dürfen es nie mehr zulassen, dass Menschsein abhängig gemacht wird von Rasse oder Herkunft, von Überzeugung oder Glauben, von Gesundheit oder Leistungsfähigkeit.“ Menschsein kommt jedem Menschen zu - eigentlich ist das eine Selbstverständlichkeit. Aber es muss wohl immer wieder gesagt werden, dass der Angriff auf einen unserer Mitbürger immer auch ein Angriff auf uns alle ist. Die Entwicklungen in jüngster Zeit - bedauerlicherweise auch in Zossen - zeigen, dass wir nicht

aufhören dürfen, unsere freiheitlichen und demokratischen Werte offensiv zu proklamieren und zu verteidigen. Sie zeigen, dass wir uns nach wie vor damit befassen müssen, wie Vorurteile entstehen, wo Diskriminierung und Ausgrenzung beginnen und warum, beziehungsweise unter welchen Bedingungen radikale Parolen und rechtsextreme Einstellungen an Einfluss gewinnen. Wie schon zuvor in Berlin wurden drei Rosen niedergelegt zum Gedenken an Werner Robert Dalen. Zugleich wurde mit dieser Geste eine Verbindung zwischen den drei Brüdern hergestellt.

Viele Bürgerinnen und Bürger waren bei der Verlegung des Stolpersteines anwesend. Unter ihnen waren die Superintendentin Katharina Furian, die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung Karola Andrae und die Bürgermeisterin Michaela Schreiber sowie Stadtverordnete und Ortsbeiratsmitglieder. Ein Dank gilt auch dem Zossener Bauhof, der die Stolpersteinverlegung sehr gut vorbereitet und bei der Verlegung mitgewirkt hat.

Dieser mittlerweile siebte Stolperstein in Zossen, der an Opfer der NS-Zeit erinnert, ist eine gemeinsame Initiative der Bürgerinitiative „Zossen zeigt Gesicht“ sowie der Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung SPD/LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Für die Recherche konnte auf Erkenntnisse zurückgegriffen werden, die das Projekt „Spurensuche. Jüdisches Leben in Zossen 1925 - 1945“ erbracht hat. Das Projekt wurde 2006 unter der Trägerschaft des Jugendfreizeitklubs Leo e.V. und in Zusammenarbeit mit dem BAZ e.V. und der Gesamtschule „Geschwister Scholl“ Dabendorf abgeschlossen. Die seinerzeit entstandene Dauerausstellung über jüdisches Leben in Zossen ist mit dem Brand des Hauses der Demokratie im Januar 2010 zerstört worden.

*Text und Foto:  
Carsten Preuß, Zossen*

## Notizen aus dem Karl-Liebkecht-Haus

von Maritta Böttcher

### Neue Chefin gewählt

Am 1. Dezember wählte die Mitgliederversammlung der Rosa-Luxemburg-Stiftung einen neuen Vorstand. Heinz Vietze war nach sechs Jahren an der Spitze nicht noch einmal angetreten, der geschäftsführende Vorstand dankt ihm für sein langjähriges Engagement. Seine Nachfolgerin Dagmar Enkelmann erhielt 88,3 Prozent der Stimmen. Der Geschäftsführende Parteivorstand wünscht Dagmar Enkelmann für ihre neue Funktion viel Kraft, Erfolg und alles Gute für die bevorstehenden Herausforderungen. Axel Troost wurde erneut in den Wissenschaftlichen Beirat gewählt. Caren Lay und Bernd Riexinger wurden als Mitglieder in die Rosa-Luxemburg-Stiftung neu aufgenommen.

### Verlegung von Patriot-Raketen erhöht die Kriegsgefahr

Die Bundesregierung ist dabei, Deutschland zu einer Kriegspartei im Nahen Osten zu machen. Sie drückte die Verlegung von Raketensystemen und bis zu 400 Bundeswehrsoldaten in die Türkei im Eiltempo durch. Ihre Argumente sind vorgeschoben. Die Patriot-Raketen sind ungeeignet, Zivilisten in der türkisch-syrischen Grenzregion zu schützen. Es liegt auch kein Angriff gegen die Türkei vor.

Die Erdogan-Regierung hat die Patriot-Raketen angefordert, um die NATO in ihren Grenzkonflikt mit Syrien hineinzuziehen. Das türkische Parlament hat bereits die Vollmacht für einen Einmarsch nach Syrien erteilt. Die Stationierung der deutschen Abwehr raketen erhöht die Kriegsgefahr, weil sie die Erdogan-Regierung zu militärischen Handlungen ermutigt.

Die Verlegung der Patriot-Raketen ist Teil des Umbaus der Bundeswehr zu einer global agierenden Interventionsarmee. Die Bundesregierung will militärische Einsatzfähigkeit un-

ter echten Einsatzbedingungen demonstrieren. Dafür riskiert sie, dass Deutschland in einen Krieg im Nahen Osten hineingezogen wird.

Es ist erbärmlich, dass SPD und Grüne mehrheitlich erneut eine Politik unterstützen, die Deutschland zu einer internationalen Kriegspartei macht. DIE LINKE sagt NEIN zur Verlegung von Bundeswehrtruppen in die Türkei.

### Mieter haben bei Merkel keine Lobby

Die Bundesregierung und die Koalition machen sich einmal mehr zur Vollstreckerin von Lobbyisten. Waren es zu Beginn der schwarz-gelben Regierung die Hoteliers, die steuerlich begünstigt wurden, ist es heute die Immobilienlobby. Trotz aller Warnungen von Wissenschaftlern und Sozialverbänden wird das Mietrecht knallhart nach dem Leitprinzip Vermieter- vor Mieterrecht gravierend geändert.

Die Gesetzesnovelle löst das Problem der rasant steigenden Mieten in Großstädten, Ballungszentren und Universitätsstädten in keiner Weise. Die Mietenexplosion trifft längst nicht mehr nur Ärmere, sondern auch die Mittelschichten. Es war absehbar ein Fehler, dass Union und SPD im Rahmen der Föderalismusreform die Wohnungsbauförderung zur Ländersache gemacht haben. Es ist daher geheuchelt, wenn sich der SPD-Kanzlerkandidat Steinbrück in seiner Nominierungsrede darüber beschwerte, dass der soziale Wohnungsbau Ländersache sei.

Die wohnungs- und mietenpolitische Konferenz in Göttingen hat klar herausgearbeitet, den akuten Wohnungsnotstand von rund 250.000 fehlenden Wohnungen zu beheben, d.h. den sozialen Wohnungsbau in allen Bundesländern zu forcieren. Die Bundesregierung wird zudem aufgefordert, in allen wichtigen das Mietrecht betreffenden Gesetzen



ein sozial ausgewogenes Verhältnis zwischen Mietern und Vermietern zu sichern.

### Brandenburg in Berlin

Im Parteivorstand waren Stefan Ludwig, Vorsitzender des Landesverbandes Brandenburg, Christian Görke, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. im Landtag Brandenburg, Anita Tack, Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, Volkmar Schöneburg, Minister der Justiz und Ralf Christoffers, Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten in Brandenburg, zu Gast. Sie waren gekommen, um sich mit den Mitgliedern des Parteivorstandes zur aktuellen Situation in Brandenburg auszutauschen. Sie stellten zunächst ihre Jahresbilanz 2012 und das Leitbild Brandenburg 2020plus vor, das unter dem Titel »Heimat Brandenburg - gerecht, solidarisch, nachhaltig« steht und von der Landtagsfraktion der Partei Anfang Dezember zur Diskussion vorgelegt worden ist. Im Mittelpunkt der sich anschließenden umfangreichen Debatte standen vor allem Fragen der Umsetzung politischer Forderungen der LINKEN und der öffentlichen Vermittlung sowohl von Erfolgen als auch von Differenzen. Es wurde vereinbart, den Austausch zwischen dem Parteivorstand und den Genossinnen und Genossen, die für uns in Regierungsverantwortung stehen, kontinuierlich fortzusetzen. <



## „Nationalsozialistischer Untergrund“ und Verfassungsschutz - Zum Umgang mit Gewalttaten von Neonazis in Deutschland

Als Referenten zu diesem Thema begrüßten wir zu unserem Bildungsabend den Journalisten René Heilig aus Berlin.

Als Einstieg gab uns René Heilig eine kurze Zusammenfassung zum NSU. „Die Mörderbande hat für genaueres Hinsehen gesorgt“, so die erste Feststellung von René Heilig. Der NSU ist aus dem Thüringer Heimatschutz hervorgegangen. Demonstrationen und Ausländer-„Aufklatschen“ waren nicht mehr genug. Sie wollten Zeichen setzen und schritten zur Tat. Die traurige Bilanz sind elf Todesopfer, zehn Gewerbetreibende und eine Polizistin. Sie war 2007 das bisher letzte Opfer. Auch zahlreiche Banküberfälle werden dieser Dreier-Gruppe zugeordnet. Vermutlich haben sie damit ihre Taten finanziert.

Bereits 1998 wurden bei einer Garagendurchsuchung Mengen an TNT gefunden, wie es für den Bau von verschiedensten Sprengkörpern Verwendung finden könnte. Schauen wir zurück und lassen die Ermittlungen sozusagen noch einmal Revue passieren, so erkennen wir einen gewissen Dilletantismus, der dort an den Tag gelegt wurde. Und so gelang es auch den drei Tätern unterzutau-chen. Erst nach dem angeblichen Selbstmord zweier Mitglieder dieser Mörderbande kommen die Ermittlungen wieder in Gang und rücken in den Vordergrund.

Viele Fragen stellen sich zu den Tätern, zu den Unterstützern und Waffenlieferanten, zu V-Leuten, zu dem Umgang mit den Akten, zum Umgang in der Öffentlichkeit, zum Umgang mit den Tatsachen auf Bundes- und Landesebenen.

- Kein Mensch ist so cool, einen anderen einfach abzuknallen. Wo haben die Täter ihre psychische Kälte trainiert? Wer schulte sie im Bombenbauen? Nur eine Anleitung aus dem Internet kann es nicht gewe-

sen sein.

- Es sind Erddepots mit Waffen gefunden worden. Es gibt Hinweise zu Vernetzungen von Kameradschaften, u.a. in der Schweiz und in Tschechien. Man trifft sich z. B. auf Konzerten.

- Welche Rolle spielen die V-Leute!?

- Es werden Akten hin- und her-„geordert“, unter Verschluss gehalten, ja sogar „Aus Versehen“ geschreddert.

- Auf Landes- und Bundesebene werden Verantwortlichkeiten abgelehnt und von sich geschoben.

Wie können diese Gräueltaten aufgeklärt werden? Von vielen Polizisten wurde bereits kriminalistische Kleinarbeit geleistet. Droht sie nun an der großen Politik zu scheitern? Sie sollte in aller Interesse zu einer schnellen Aufklärung kommen. Der Untersuchungsausschuss über Parteigrenzen hinweg ist ein hilfreicher und richtungweisender Beginn.

Vielleicht gibt es auch neue Er-

kenntnisse nach der Eröffnung des Srafverfahrens gegen Frau Tschäpe. Eine Aussage ihrerseits ist angekündigt worden.

Liebe Leserinnen und Leser, der Artikel erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit in Bezug auf Fakten und Verknüpfungen daraus. An diesem Abend haben wir einen hochinteressanten Vortrag gehört mit für mich zum Teil hochbrisanten, unglaublichen und nicht nachvollziehbaren Sachverhalten. Alle Einzelheiten hier wiederzugeben, würde die halbe Zeitung füllen (und hätte mich auch durch das Mitschreiben am gespannten Zuhören gehindert).

Mein Fazit für diesen Abend: Zu kurz! Auch ein Referent hat mal Feierabend. Ich empfehle diesen Vortrag gern weiter. Informationen dazu können in der Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE. Teltow-Fläming in Luckenwalde unter 03371-632267 abgefragt werden.

*Gabi Pluciniczak, Nuthe-Urstromtal*

### Ein großes Dankeschön an die Ludwigsfelder LINKEN

Die LINKEN der Stadt Ludwigsfelde und einige Sympathisanten haben auch in diesem Jahr an jene gedacht, für die es zum Fest keine Geschenk-Flut geben wird.

Das zeigte sich daran, dass sie die Weihnachtsfeier für die Kinder von „Bedürftigen“ in unserer Stadt am 11. Dezember 2012 mit einem Spenden-Betrag von 308,00 € unterstützen wollen.

Viele meinten, es sei für sie recht beschwerlich, selbst noch Päckchen zu packen, aber sie wollten unbedingt ihren Beitrag zu diesem wichtigen

Projekt leisten.

Die Stadtverordnete und stellvertretende Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Angelika Linke (DIE LINKE) übergab die Spende aus Anlass des Ludwigsfelder Weihnachtsmarktes auf dem Rathausplatz am 2. Dezember 2012 an Weihnachtsgel-Koordinatorin Cora Ruden, die im Namen der Kinder den „Engeln ehrenhalber“ herzlich dankte. Jeder Cent hilft, den Kindern eine schöne Feier zu bereiten.

*Angelika Linke, Ludwigsfelde*



A. Linke am Mikrofon F.: M. Ruden

## Volksbegehren erfolgreich! - Und nun?

**Nach dem erfolgreichen Volksbegehren für ein Nachtflugverbot am neuen Flughafen in Schönefeld sprach die Redaktion des LinksBlick mit der Verkehrspolitischen Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Brandenburger Landtag, Kornelia Wehlan.**

*Red.: Wie wird sich die Linksfraktion verhalten, wenn im Landtag über das Volksbegehren abgestimmt wird, das ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr in Schönefeld fordert?*

**K. Wehlan:** DIE LINKE sucht vor der Abstimmung die Gespräche mit den Vertretern des Volksbegehrens. Dazu haben der Landes- und der Fraktionsvorsitzende der LINKEN kurzfristig um ein erstes Gespräch gebeten. Und wir werden um einen Kompromiss ringen.

Dem Text des Volksbegehrens können wir nicht 1:1 zustimmen. Teil 2 steht der Programmatik unserer Partei diametral entgegen. Wir wollen nicht mehr Flugverkehr, sondern weniger. Und wir haben auch kein Verständnis für eine Politik nach dem Sankt-Florian-Prinzip: Wenn Flugverkehr, dann aber nicht bei uns, sondern woanders. Von uns aus in Sperenberg.

*Red.: Die LINKE ist doch für ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr. Warum stimmt die Partei dem Volksbegehren nicht einfach zu?*

**K. Wehlan:** Ja, das sind wir. Für uns hat die Gesundheit Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen. Für den BER gibt es einen Planfeststellungsbescheid mit dem bekannten Nachtflugverbot von 0 bis 5 Uhr und einem eingeschränkten Flugverkehr in den Nachtrandzeiten von 22 bis 0 Uhr und von 5 bis 6 Uhr. Auch der Landtag kann einen solchen Bescheid einer unabhängigen Behörde nicht einfach „wegbeschließen“.

Die Planfeststellungsbehörde hatte auf der Grundlage von Bundesgesetzen abzuwägen zwischen Sicherheit, Bedarf, Lärmschutz, Wirtschaftlichkeit. Und das hat sie fehlerfrei getan, wie das Bundesverwaltungsgericht

im Oktober 2011 bestätigt hat. Aber genau da liegt auch die Lösung des Problems: Hätten wir ein Bundesgesetz für den Luftverkehr, wo dem Gesundheitsschutz und dem Nachtschlaf gesetzlich der Vorrang eingeräumt wird, dann würde das Ergebnis anders aussehen.



Kornelia Wehlan

*Red.: Die Grünen teilen die Bedenken der LINKEN wegen der zusätzlichen Forderung des Volksbegehrens für einen weiteren Standort in Brandenburg, um Flüge in der Nacht zu verlagern. Doch von den Initiatoren des Volksbegehrens heißt es, dieser Teil sei gar nicht so wichtig.*

*Gäbe es einen Weg, die umstrittene Formulierung beiseite zu lassen und einfach nur dem Wunsch nach einem Nachtflugverbot zu entsprechen?*

**K. Wehlan:** Nach dem Volksabstimmungsgesetz ist es grundsätzlich denkbar, etwas zu verhandeln und im Landtag zu beschließen, was einen Volksentscheid überflüssig macht. Dazu gehören Vorschläge auf den

Tisch, aber am Ende müssen das die Vertreter eines Volksbegehrens entscheiden.

Unser Ziel sind gemeinsame Anstrengungen für ein Nachtflugverbot an stadtnahen Flughäfen. Eine Willensbekundung im Landtag ist das Eine; sie kann aber den gerichtlich bestätigten Planfeststellungsbeschluss für den BER nicht außer Kraft setzen. Das betrifft auch die Flugbetriebszeiten. Die Meinung der Initiatoren ist uns dazu wichtig und wir wollen unsere Argumente darlegen.

*Red.: Täuscht der Eindruck oder ist die SPD nur widerwillig bei der Idee mit dabei, ein bundesweites Nachtflugverbot anzustreben?*

**K. Wehlan:** Ich bin froh, dass wir uns schließlich darauf verständigen konnten. Die Bürgerinitiativen haben mit ihrem Druck viel bewegt. Und in einer anderen Regierungskoalition, z.B. mit der CDU, hätte der Landtag nicht beschlossen, dass es keine 3. Startbahn geben wird oder Initiativen anderer Länder im Bundesrat für Nachtflugbeschränkungen zu unterstützen.

*Red.: Die Chancen, dass der Bundestag ein deutschlandweites Nachtflugverbot beschließt, werden wegen der ablehnenden Haltung besonders der Union als gering eingeschätzt. Welche Hoffnungen können wir uns machen?*

**K. Wehlan:** Im Koalitionsvertrag auf Bundesebene steht in der Tat das Gegenteil dessen, was wir erreichen wollen. Da ist die Rede von „international wettbewerbsfähigen Betriebszeiten“ und dergleichen mehr und  
*Fortsetzung auf Seite 9*



*Fortsetzung von Seite 8*

aktuell erklären sich die Spitzen des Bundesverkehrsministeriums gegen ein Nachtflugverbot. Auch hat der Bundesverkehrsminister erst jüngst die Einführung eines Nachtflugverbots am Flughafen in Köln-Bonn verboten. Zur Begründung erklärte er, damit werde faktisch die Betriebsgenehmigung widerrufen, die bereits in Kraft sei. Aber immerhin hat sich Schwarz-Gelb nicht getraut, die beabsichtigten wirtschaftsfreundlichen Änderungen des Luftverkehrsgesetzes auch tatsächlich anzufassen. Und im Übrigen wird nächstes Jahr bundesweit gewählt ...

*Red.: Manche Anwohner empfinden die angekündigten Bemühungen um ein bundesweites Nachtflugverbot als wirkungslose Beruhigungsspiel. Was kann DIE LINKE noch für die Anwohner des Großflughafens Schönefeld tun, wenn der Bundestag ein Nachtflugverbot ablehnt?*

**K. Wehlan:** DIE LINKE will eine parteiübergreifende Initiative zum Nachtflugverbot im Bundestag. Mit einer Online-Petition wollen wir das Anliegen bundesweit bewerben. Wird diese abgelehnt, kann jeder das Nachtflugverbot zur Wahlentscheidung im nächsten Jahr machen. Darüber hinaus sind uns der planfestgestellte Schallschutz, lärmmindernde An- und Abflugrouten, das Gesundheitsmonitoring und die weitere Begrenzung von Flugverkehr, besonders in der Nacht, wichtig. <

## Volksbegehren

*Der Landtag muss sich mit dem Thema nun erneut beschäftigen. Lehnt er im Frühjahr 2013 das Volksbegehren ab, kommt es zur Volksabstimmung, die wohl in den Sommer 2013 fallen würde. Es können alle Brandenburger ab 16 Jahren abstimmen. Gibt es auch dort eine Mehrheit für das Nachtflugverbot (momentan ca. 530.000 Ja-Stimmen), wäre der Volksentscheid immer noch nicht zwingend bindend,*

## Nahost - Flächenbrandgefahr?

Wochenlang „versorgten“ uns die deutschen Medien mit täglichen Horrormeldungen über „syrische Ereignisse“. Seit Ende November 2012 die Palästinenser einen Beobachter-Status bei der UNO erhalten haben, rückt die Politik Israels in den Blickpunkt, Syrien wird am Rande erwähnt. Haben wir uns an den Bürgerkrieg in diesem Lande schon gewöhnt?

Auf Einladung der LINKEN Luckenwalde erfuhren im November wir an diesem Thema Interessierten einige für uns zum Teil völlig neue Fakten von Dr. Karin Kuhlow. Sie erläuterte, dass zum Beispiel die Kommunistenverfolgung schon unter dem Vater des jetzigen Assad-Herrschers Alltag war. Dennoch hatte die DDR zu Syrien gute Beziehungen. Zwischen den Religionen bestand relative Gleichberechtigung. Aber Widerstand gegen das Assad-Regime wurde hart bestraft, Gefängnis, Folter waren tägliche „Politik“. Die jetzige Opposition, ziemlich zersplittert, ist radikal

muslimisch ausgerichtet; sie wird von arabischen Ländern unterstützt.

Syrien spielt aber auch international eine wichtige Rolle. Die USA betrachten es als Keil zwischen Israel und dem Iran. Für Russland, das mit Syrien einen Freundschaftsvertrag hat, bedeutet es den Zugang zum Mittelmeer. Allein aus diesen Fakten lässt sich das Verhalten dieser Länder zum Syrien-Konflikt schon erklären. Die „Revolution“ in Libyen, die aus dem Ruder gelaufen ist, warnt die internationale Politik vor leichtfertigen Handlungen, die nicht die Weltpolitik berücksichtigen. Saudi Arabien und Katar spielen als reiche Länder auch noch eine nicht geringe Rolle.

Es bedarf vielseitiger Bemühungen, um diesen Konflikt auf diplomatischem Wege zu lösen. Sonst wird Syrien nicht zum Frieden gelangen. Diese Auseinandersetzung wirkt sich auf den gesamten Erdball aus. Gefahr ist im Verzug!

*Ingrid Köbke, Nuthe-Urstromtal*

## Auflösung BilderRätsel



Zu sehen ist hier die alte Schule in Lindenbrück, einem Ortsteil von Zossen. Lindenbrück wurde 1442 als "Jaxinbrücke" erstmals in einer Urkunde erwähnt, die Herkunft des Ortsnamens ist allerdings ungeklärt. Bis 1937 hieß der Ort Jachzenbrück und wurde dann von den Nationalsozialisten in Lindenbrück umbenannt.<

*da nicht über ein Gesetz abgestimmt wird. Beim Nachtflugverbot kommt erschwerend hinzu, dass dafür der Staatsvertrag zwischen Berlin und Brandenburg geändert werden müsste, obwohl für die Nachtflugregelungen allein das Brandenburger Infrastrukturministerium zuständig ist. Widerspruch könnte zudem vom Bund kommen: Bundesverkehrsminister Ramsauer hatte kürzlich in Nordrhein-*

*Westfalen den Versuch verhindert, am Flughafen Köln-Bonn ein erweitertes Nachtflugverbot durchzusetzen. Zur Begründung erklärte er, damit werde faktisch die Betriebsgenehmigung widerrufen, die bereits in Kraft sei und sich auch auf die Nacht beziehe. Insofern sei das Verbot rechtswidrig. Gegen die Betriebsgenehmigung für den BER sind allerdings noch Klagen anhängig.*

*Felix Thier*

## Ein Meister der literarischen Reportage

Landolf Scherzer, geb. 1941 in Dresden, freier Schriftsteller in Thüringen, erregte schon in DDR-Zeiten besondere Aufmerksamkeit dadurch, dass er genau hinsah, Positives würdigte, jedoch ebenso auf problematische und teilweise negative Entwicklungstendenzen aufmerksam machte. So begleitete er in seiner Langzeitreportage „Der Erste“ den 1. Kreissekretär der SED-Kreisleitung Bad Salzungen durch seinen schwierigen Alltag.

2012 erschien – ganz aktuell – „Madame Zhou und der Fahrradfriseur – Auf den Spuren des chinesischen Wunders“. Er besucht seinen Freund Klaus, der früher im Außenministerium der DDR gearbeitet hat und jetzt mit seiner chinesischen Frau in ihrer Heimat lebt und Unternehmensberater und Ansprechpartner deutscher Firmen in China ist. Dieser Freund reist mit ihm

durchs Land. Gemeinsam suchen sie Kontakte und Gespräche mit Menschen aller Bevölkerungsschichten. Er stellt jedem vier Fragen:

- Was ist für Sie ein guter Tag?
- Was ein schlechter?
- Was wünschen Sie sich für Ihre Zukunft?
- Was für die Zukunft Ihres Landes?

So verschieden seine Gesprächspartner – u.a. ein Priester, ein Koch, ein Betriebsdirektor, eine Gefängniswärterin – auch sind, so unterschiedlich fallen ihre Antworten aus. Was sie jedoch fast alle zum Ausdruck bringen, ist die Liebe zu ihrem Land, die Sorge um seine Zukunft, für die sie sich an ihrem Platz mitverantwortlich fühlen. Dabei kommen auch Dinge zur Sprache wie Ungerechtigkeiten, schlechte und bürokratische Behandlung durch Vorgesetzte, die Lage und Arbeitsbedingungen der 700 Millionen Wanderarbeiter, Korruption und Zwangsumsiedlung.

Sie sind sehr ärgerlich darüber, wie manche ihrer Auffassungen und Probleme im Ausland gesehen und beur-

teilt werden. Ein Gesprächspartner sagt z.B. „Wir urteilen nicht darüber, ob in Deutschland die Menschenrechte, wie wir sie verstehen, nämlich auch mit dem Recht auf Arbeit und eine Wohnung für die Familie, verletzt werden. Und wir verlangen auch nicht, dass unser Ministerpräsident diese Ansichten bei seinem nächsten Besuch Ihrer Bundeskanzlerin vorträgt.“

So reisen wir Leser mit Landolf Scherzer durch China und begreifen seine Maxime: „Man lernt eine fremde Stadt nicht durch ihre Bauten und Museen, sondern nur durch ihre Menschen kennen.“

Beim Stöbern in der Zossener Buchhandlung entdeckte ich vor Kurzem ein Buch mit dem Titel „Der Grenzgänger“ – erschienen 2005 – auf der Titelseite ein Mann mit Rucksack und

Wanderbekleidung, der auf einem gepflasterten Weg durch unwegsames Gelände unterwegs ist. Es ist Landolf Scherzer, der die ehemalige Staatsgrenze West in Südthüringen von Gräfenthal im Südosten bis nach Vacha im Südwesten der DDR etappenweise abläuft. Das sind über 400 Kilometer. Die beigefügte Landkarte zeigt seinen Weg, der nicht geradlinig verläuft. Er sucht Menschen in Orten mal auf der thüringischen, mal auf der bayrischen Seite der Grenze auf und befragt sie, was ihnen die letzten 15 Jahre gebracht und wie sie ihr Leben verändert haben. Wie unterschiedlich die Antworten und Meinungen ausfallen, kann sich jeder sicher vorstellen.

Ich bin Scherzer erst etwa auf 150 km gefolgt und lese mit Spannung weiter – und kann es nur jedem empfehlen – eine Langzeitreportage über Probleme dieser Region, die stellvertretend für die des ganzen Landes stehen und mit denen jeder von uns täglich konfrontiert wird.

*Christa Zernick, Am Mellensee*



## Aktivenkonferenz

Die Aktivenkonferenz in der Messe in Frankfurt (Oder), einen Tag vor dem Landesparteitag, war ein Erfolg.

„Wir haben uns organisatorisch und inhaltlich auf die kommenden Wahlkämpfe vorbereitet. Es gab viele Anregungen und Impulse, die wir in die Planungen mit aufnehmen werden“, zog der Landesvorsitzende Stefan Ludwig eine erste Bilanz.

Es gab und gibt viel Gesprächsbedarf in der Partei und auch deshalb kam die Aktivenkonferenz wohl zur rechten, sicher auch zur höchsten Zeit.



Aktive und moderne Konferenz

Die Themen der Workshops zeigten, wie vielfältig Politik und Strategien bei den LINKEN in Brandenburg diskutiert wurden und weiterhin werden müssen. Das Ziel der fünf Vormittags-Workshops bestand darin, die Aufgaben und Anforderungen für die verschiedenen Wahlen zu erkennen und entsprechend umzusetzen.

Die Nachmittagsworkshops setzten sich mit europapolitischen Themen auseinander. Dabei waren zahlreiche GenossInnen aus Polen und Tschechien zu Gast. Im direkten Informations- und Erfahrungsaustausch entstanden interessante Hinweise und Ideen.

Schließlich wurden die in lebendiger Gruppenarbeit erzielten Ergebnisse in großer moderierter Runde präsentiert. Keine Idee wird verloren gehen. Die Ergebnisse sollen kurzfristig zusammengefasst und in geeigneter Form präsentiert werden.

*Text und Foto:  
DIE LINKE. Brandenburg*

## Linke Handschrift

Wie in der Dezember-Ausgabe unserer Zeitung angekündigt, folgen einige Fakten zur Arbeit der LINKEN in der Kooperation mit SPD/Grünen/FDP/Bauernverband im Kreistag Teltow-Fläming.

Der Rettungsdienst des Kreises wurde vom Kreis übernommen. So wurde verhindert, dass eine europaweite Ausschreibung erfolgen muss, vielleicht der „günstigste“ Anbieter in Tausenden Kilometern Entfernung zu Hause ist.

DIE LINKE hat mit dafür gesorgt, dass trotz Personalabbaus die Polizeiwachen erhalten bleiben. Sie haben am Sozialticket festgehalten, unterstützen das Schullandheim in Dobbrikow, die Volkshochschule, die Förderung für den Sport, Museen – alles freiwillige Leistungen, die bei

einem Haushaltsdefizit über mehr als 50 Millionen Euro auf den Prüfstand gestellt werden. Fallen diese Unterstützungen weg, treffen sie in erster Linie diejenigen, die sich privat diese Ausgaben für sich und ihre Kinder nicht leisten können. Unsere 1. Beigeordnete, Kirsten Gurske, derzeit amtierende Landrätin, leistet eine gute Arbeit.

### LINKE Handschrift bei R.ot-Rot

Viele Genossen an der Basis sind unzufrieden mit der rot-roten Landespolitik. Für uns Wähler wird zu wenig deutlich, wo LINKE Wahlziele geblieben sind, warum nicht alle Ziele umgesetzt werden.

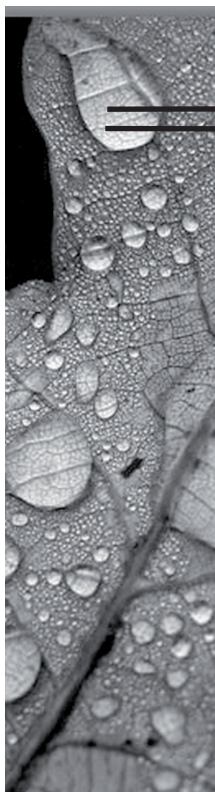
Auf dem Kreisparteitag brachte Kornelia Wehlan einige Beispiele, die ohne DIE LINKE in der Regierung

nicht möglich gewesen wären. Dazu gehören unter anderem:

- Zahlung von Mindestlöhnen bei Vergabe von öffentlichen Aufträgen,
- Schüler-Bafög zur Unterstützung finanzschwacher Familien,
- Zielstellung: Eine Schule für alle,
- Einstellung von mehr Lehrern als geplant,
- Verkehrssicherheitskonzept
- Tempo 30 vor Schulen.

Jahrelange Versäumnisse unter Rot-Schwarz lassen sich nicht in einer Wahlperiode wettmachen. Es muss uns gelingen, eine breite Öffentlichkeit über den LINKEN Anteil an der Landespolitik zu informieren. Zu viel Rücksicht auf den Koalitionspartner dürfen wir nicht nehmen; sonst werden wir unglaublich.

*Ingrid Köbke, Nuthe-Urstromtal*



## Wir trauern

Wir trauern um unsere Genossin

### Renate Ehlert

Ehre ihrem Andenken

DIE LINKE.  
Stadtverband  
Luckenwalde

DIE LINKE.  
Kreisverband  
Teltow-Fläming

Unser Genosse

### Siegfried Gutjahr

ist von uns gegangen.

Wir werden sein Andenken bewahren.

DIE LINKE.  
Stadtverband  
Ludwigsfelde

DIE LINKE.  
Kreisverband  
Teltow-Fläming



## Termine

**10.01.2013 18.00 Uhr**

LinksTreff  
Geschäftsstelle Ludwigsfelde

**11.01.2013 10.00 Uhr**

Redaktion  
Geschäftsstelle Luckenwalde

**19.01.2013 10.00 Uhr**

Gesamtmitgliederversammlung  
**WK 62** zur Wahl der/des Direktkandidatin/-ten zur Bundestagswahl 2013  
Saal der Stadtverwaltung  
Königs Wusterhausen

**26.01.2013 10.00 Uhr**

Gesamtmitgliederversammlung  
KV TF zur Wahl der VertreterInnen für die Landeskonferenz zur Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl 2013 und Wahl der/des Kandidaten für die Landratswahl  
Kreishaus Luckenwalde

**11.01.2013 19.00 Uhr**

Kreisvorstand  
Geschäftsstelle Luckenwalde



Am 13. Januar 2013 gedenken wir Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs in Berlin-Friedrichsfelde.

**DIE LINKE.**

## Herzliche Glückwünsche

senden die Basisorganisationen und Vorstände den Jubilaren, die in diesen Tagen Geburtstag feiern

Dr. Rudolf Haase in Luckenwalde zum 71. Geburtstag am 11.01.  
Emilia Pommerenke in Luckenwalde zum 82. Geburtstag am 14.01.  
Bernd Groß in Rangsdorf zum 71. Geburtstag am 16.01.  
Gerda Gebert in Güterfelde zum 93. Geburtstag am 17.01.  
Rosa Rülcke in Blönsdorf zum 88. Geburtstag am 18.01.  
Irene Eckleben in Rangsdorf zum 79. Geburtstag am 19.01.  
Wolfgang Kliemann in Großbeeren zum 73. Geburtstag am 19.01.  
Ewald Heuer in Mahlow zum 79. Geburtstag am 21.01.  
Werner Gohlke in Luckenwalde zum 87. Geburtstag am 24.01.  
Brigitte Simon in Nächst Neuendorf zum 83. Geburtstag am 26.01.  
Prof. Dr. Werner Kohl in Ludwigsfelde zum 84. Geburtstag am 26.01.  
Fritz Lehmann in Markendorf zum 83. Geburtstag am 01.02.  
Gerhard Schlag in Sperenberg zum 77. Geburtstag am 02.02.  
Paula Schreiber in Ludwigsfelde zum 93. Geburtstag am 07.02.  
Siegfried Günther in Blankenfelde zum 78. Geburtstag am 08.02.  
Ingrid Köbke in Woltersdorf zum 74. Geburtstag am 08.02.  
Christa Hevler in Niedergörsdorf zum 76. Geburtstag am 09.02.

**Ralf Lindner in Luckenwalde zum 50. Geburtstag am 05.02.**  
**Brigitte Paul in Luckenwalde zum 70. Geburtstag am 07.02.**  
**Waltraud Scholz in Dahlewitz zum 60. Geburtstag am 08.02.**

## Nachfolger bestimmt

René Kretschmar ist neues Mitglied der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg: Der 33-jährige gelernte Maurer sowie Magister für Politikwissenschaft und Pädagogik ist seit 1998 Mitglied der PDS bzw. DIE LINKE und rückt auf der Landesliste für die zurückgetretene Gerlinde Stobrawa nach. Mit René Kretschmar rückt ein jüngerer, aber bereits erfahrener Kommunalpolitiker nach.

Als Wahlkreismitarbeiter von Diana Golze und derzeitiger Fraktionsvorsit-

zender der

LINKEN-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Brandenburg an der Havel leistet er eine umfassende politische Arbeit. In den kommenden Tagen und Wochen wird sich die Fraktion über die Aufgabenfelder und Funktionen verständigen, in denen er künftig seine politische Arbeit innerhalb der Fraktion und in den parlamentarischen Gremien leisten wird.

*Fraktion DIE LINKE.  
im Landtag Brandenburg*

## IMPRESSUM

Geschäftsstellen: 14943 Luckenwalde, Zinnaer Str. 36, Tel: 0 3371/632267, Fax: 63 69 36, 14913 Jüterbog, Große Str. 62, Tel: 033 72/432691, Fax: 443033, 14974 Ludwigsfelde, A.-Tanneur-Str. 17, Tel: 03378/510653, Fax: 03378/510654  
Spendenkonto: 363 302 7415, BLZ: 160 500 00 bei der MBS Potsdam  
Redaktionsschluss: 07. Dezember 2012, der nächsten Ausgabe: 11. Januar 2013

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen. Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Teltow-Fläming,  
V.i.S.d.P.: T. Senst, E-Mail: info@dielinke-teltow-flaeming.de